

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

125 (5.6.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“.

Anzeigen: Die sechsseitige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Abzahl. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden), Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wähl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Restanten: Hermann Wähler in Karlsruhe.

Katholiken Deutschlands.

Die 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Düsseldorf hat allen Freunden der katholischen Sache aufs neue dringend empfohlen, sich in die Liste der ständigen Mitglieder der Generalversammlung anzuschließen zu lassen, und zugleich die Erwartung ausgesprochen, daß überall im Reich, wo Katholiken wohnen, durch deren Organisationen sowie durch opferwillige und arbeitsfreudige Geistliche und Laien eine systematische Agitation für die Anmeldung zur Liste der ständigen Mitglieder betätigt und nachgehoben werde.

Dieser Beschluß ist nicht, wie die gegnerischen Blätter schon des öfteren behaupteten, etwa der Mangel an Katholiken, als sei es nicht möglich, die Generalversammlungen auf der großartigen Höhe zu erhalten, welche sie bis jetzt eingenommen haben; vielmehr hat sich gerade aus der unermesslichen und riesenhaften Entwicklung der Generalversammlungen die Notwendigkeit ergeben, Vorkehrungen zu treffen, um den einzelnen Lokalkomitees die Arbeit der Vorbereitungen zu erleichtern. Andererseits aber begründet die Schaffung der ständigen Mitgliedschaft eine sichere finanzielle Grundlage für die einzelnen Generalversammlungen, namentlich für den Fall, daß dieselben in mittleren und kleineren Städten stattfinden und daher eine geringere Anzahl von ortsunabhängigen Katholiken vorhanden sind, welche das erhebliche finanzielle Risiko der Veranstaltung zu tragen haben. Es soll dadurch ein Garantiefonds für diese Zwecke geschaffen werden.

Darum ergeht auch in diesem Jahre an die Katholiken, welche noch nicht ständige Mitglieder sind, die dringende Aufforderung, sich nach Möglichkeit in der ersten Reihe unter Anwesenheit der ständigen Mitglieder persönlich zu den Katholiken-Versammlungen zu zeigen, besonders auch in diesem Jahre zu der in Breslau vom 29. August bis 2. September tagenden 56. Generalversammlung, wo es sich darum handelt, nach längerer Zeit wieder im Osten Deutschlands eine maßvolle Kundgebung katholischer Geistes zu veranstalten, die einerseits die dortige Bevölkerung zu immer regerer Beteiligung ihres Glaubens anspornen, andererseits das katholische Solidaritätsgefühl, das Ost und West, wie Nord und Süd verbindet, neu beleben wird. Aber auch diejenigen, welche nicht zur Katholiken-Versammlung kommen können, bitten wir recht herzlich, sich als ständige Mitglieder anzuschließen und so die lebendige Verbindung mit dieser wichtigen Beteiligung und Kundgebung katholischen Lebens und Wirkens herzustellen.

Die ständigen Mitglieder erhalten jedes Jahr von dem Lokalkomitee ohne weiteres ihre Mitgliedskarte gegen Nachnahme von 750 M. durch die Post zugestellt, später sämtliche Druckfachen (auch den stenographischen Bericht), die sie werden in der ständigen Liste des stenographischen Berichtes jedes Jahr aufgeführt. Die Verpflichtung, alljährlich zur Generalversammlung persönlich zu erscheinen, folgt daraus nicht.

Allein die Zahl der bisher erfolgten Anmeldungen reicht nicht aus, um die durch die Einrichtung der ständigen Mitgliedschaft bezweckten Zwecke zu erreichen und zu sichern. Es ist notwendig, daß immer weitere Kreise aus allen Gauen unseres deutschen Vaterlandes sich an dieser so höchst wertvollen Einrichtung beteiligen.

Und so bitten wir alle Katholiken Deutschlands, denen es nur irgendwie möglich ist, sich als ständige Mitglieder der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands anzuschließen.

Zusätzliche richten wir die Bitte an die hochw. Geistlichkeit und die Vorstände der katholischen Vereine, nicht nur selbst die ständige Mitgliedschaft zu erwerben, sondern auch ihrerseits eifrig für Gewinnung neuer ständiger Mitglieder mitzuwirken.

Anmeldungen nehmen entgegen:

1. Für das Lokalkomitee Herr Justizrat Herr Breslau, Lanzenbergplatz 1a.

2. Der Generalsekretär Herr Kaplan Donders, Münster 1. W., Krummstraße 46.

(Es wird aber dringend gebeten, nicht durch Postanmeldungen vorher den Betrag einzulösen, sondern den Betrag der Mitgliedskarte gegen Nachnahme abzuwarten.)

Breslau, im März 1909.

Der Vorsitzende des Lokalkomitees:

Graf Droste zu Vischering.

Der Vorsitzende des Lokalkomitees zur Vorbereitung der 56. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands in Breslau:

Justizrat Dr. Porich.

Wochenrückschau.

Vor einiger Zeit schimpfte insbesondere die liberale Presse über die Reichsfinanzkommission und ihren damaligen Vorsitzenden Raabe, weil die Arbeiten der Kommission gar nicht vorwärts gingen; nun hat die Kommission auf einmal rasch gearbeitet.

und ist in der letzten Woche sogar fertig geworden. Jetzt heißt es in derselben Presse, man habe zu flüchtig gearbeitet, sei zu rasch fertig geworden, die Arbeit sei nichts. Diese Töne zeigen aber nur, daß die Wünsche des Liberalismus, welche auf das Ganze gehen, nicht erfüllt wurden. Im übrigen hat die Kommission insgesamt an indirekten Ausgaben 375 Millionen bewilligt, an sogenannten Beihilfen 190 Millionen, wobei die 50 Millionen Matrifalarbeiträge mitgerechnet sind. Die 500 Millionen der Regierung sind also wenigstens in der Kommission bewilligt. Die Liberalen freilich stehen jetzt da wie die begoffenen Rodel, weil es ohne sie gegangen ist. Ihre einzige Hilfe sehen sie im Reichskanzler, der ihnen aus der Tasche helfen soll, in welche sie sich selbst gesteckt haben, indem er hartnäckig verweigern soll, die Steuerentwürfe anzunehmen, welche die Kommission angenommen hat. Aber selbst Liberale sagen, daß der Reichskanzler nicht gut das Angebot von 500 Millionen Steuern abschlagen kann, zumal er nicht wisse, wann und von wem ihm die gleiche Summe bewilligt wird. Daher versuchen die Liberalen nunmehr das Heuherbe in Herabsetzung und Verleumdung der neuen Steuern und ihrer Bewilliger. Alles ist hin — so wollen sie glauben machen — wenn die Leute einmal etwas besser gefast werden, welche den bewilligten Betrag haben, der an den Fiskus umfließt. Man begehrt die Räuberhaftigkeit, sogar die Arbeiter und den ganzen Mittelstand gegen die höhere Besteuerung der Geldbesitzer aufgehen zu lassen. Der Erfolg dürfte allerdings gering sein, wenigstens bei denen, die einigermaßen denken und nicht einfach glauben, was ihnen in liberalen Blättern von Interessententzügen vorgelesen wird. Die Dinge liegen zurzeit so, daß für die Reichsfinanzreform nach den Kommissionsbeschlüssen eine Mehrheit vorhanden ist, daß aber der Reichskanzler alles verhindern wird, für den Wad zu retten, was zu retten ist. Wenn er es nicht dahin bringen kann, daß rein der Wad die Sache macht, was fast so gut wie ausgeschlossen ist, dann wird er wenigstens darauf dringen, daß die Reform mindestens von einer großen Mehrheit angenommen wird, die auch aus Teilen der linken Seite des Wades besteht; aber schließlich wird er nehmen, was zu haben ist.

In der badischen Politik ist zurzeit verhältnismäßig Ruhe eingetreten. Das merkt man schon daran, daß liberale und sozialistische Blätter auf die lächerlichen Einfälle kommen und ihre Refer zum Beispiel glauben machen wollen, in Zentrumswahlbezirken fenne man Zepelin nicht, weil das Zentrum die Leute nicht anführt. Man muß viel Zeit und wenig bei sich selbst zu tun haben, um auf solche Schnurperleorien zu verfallen in einer politisch ersten Zeit. Inzwischen gehen die Forderungen im liberalen Lager zurzeit mehr im linken Flügel des Liberalen, etwas räumliches Gebändes ruhig weiter und sorgen dafür, daß man bei der gegenwärtigen Höhe nicht ganz einnistet. Verschiedene Gemeindeführer in letzter Zeit haben auch gezeigt, daß da und dort das linksliberale und sozialistische Geschrei ärger ist, als die Welle.

Die orientalische Frage ist noch lange nicht erledigt; wenn auch momentan die offiziellen türkischen Meldungen fast Tag für Tag berichten, daß die Ruhe wieder hergestellt und daß es bald da, bald dort nicht so schlimm gewesen sei, wie in den Blättern siehe. Die Jungtürken haben offenbar große Mühe, ihre Herrschaft zu behaupten und zu befestigen. Für die militärischen Reformen ist es von Bedeutung, daß der heutige Generaloberst von der Goltz als Vizepräsident in den türkischen Kriegsrat berufen wurde. In Frankreich sieht man diese Maßnahme nicht gerade mit Begeisterung, da man dort einen erheblichen deutschen Einfluß auf die Türkei befürchtet.

Die bei der letzten Winterkampagne unterlegenen Gegner des Dreibundes arbeiten im Stillen weiter, um bei gegebener Gelegenheit Hande nehmen zu können. Ein großes Schlaglicht hinter die Kulissen der dreibündensidischen Politik warf ein Artikel der Wiener „Reichspost“, in dem ein geheimes englisch-russisch-jerbisches Techtelmedel bloßgestellt wurde. In Belgrad war man darüber natürlich sehr entzückt, aber alles Zeugnen hilft nichts, das im Geheimen vollende englische und russische Geld in Serbien und selbst Dokumente, die die Absichten dieses Manövers verraten, sind erkannt. Der Dreibund ist gewarnt.

Die Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn sind zurzeit die denkbar ungünstigsten, obwohl die Panikmächte, die ja in Rußland die Hauptheber gegen Oesterreich sind, selbst uneins sind, indem in Rußland die Polengafahr noch mehr an die Wand gemalt wird als die germanische Gefahr. Frankreich ist gegenwärtig wieder durch Standale berührt. Um der allgemeinen Korruption vorzubeugen, hat man jetzt der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die Unbestechlichkeit der Abgeordneten, Senatoren und Gemeinde- und Staatsbeamten einen gewissen Halt bekommen soll, weil der moralische Halt dahin ist. Merkwürdiger

Weise sind die höchsten Beamten des Landes, bei denen Bestechlichkeit und Günstlingswirtschaft „wegen ihres geistlichen Alters“ nicht mehr angenommen werden könne, ausgenommen. Ein schwerer Euphemismus; denn weder Alter noch hohe Stellen noch Beziehungen zu solchen schützen vor Unrechlichkeit und was hart daneben liegt, nicht, wenn der Mensch einen moralischen Verfall hat. Schlägt doch jetzt die Woge der Standale selbst bis hinauf zur Familie des Ministerpräsidenten Clemenceau, dessen Bruder Paul bei den Liquidationsstandalen schon eine gewisse Berühmtheit erlangte und nun wieder bei den Enthüllungen über die Vorgänge und Zustände in der Marine nicht mit Ehren genannt wird. Es werden bereits Vergleiche zwischen Paul Clemenceau und Dreyfus gemacht und das Wort Verräter schwebt schon dem und jenem auf den Lippen. Armes Land! Gehele helfen dir nicht mehr; dir kann nur die Religion helfen!

Deutschland.

Berlin, 5. Juni 1909.

Liberalismus und das parlamentarische System. Bekanntlich ist es eine der Hauptforderungen des Liberalismus, namentlich des linksliberalen, daß der Einfluß des Parlaments der Regierung gegenüber gestärkt werde. Wenigstens forderten die Liberalen das bisher auf dem Papier. Wer aber in der letzten Woche die liberalen Blätter liest, dem muß vor allem eines auffallen: Die ängstliche Sorge des Liberalismus, der Reichskanzler könnte sich den Bestrebungen der Wahrheit der Finanzkommission „beugen“. Von ihrem Prinzip der Majorität und des Parlamentarismus merkt man rein gar nichts mehr. Anstelle dessen lamentieren sie über die „Charakterlosigkeit“ des Reichskanzlers und „Nachgiebigkeit“ der Regierung, und einige führende Blätter gingen sogar so weit, nach einer „stärkeren“ Regierung zu rufen, die noch ihre Forderungen beim Reichstag durchsetzen könne. Und wie nun Bülow, der ja auf den Urteil der Presse so viel geben soll, endlich durch seine Blätter „einige ungreifbare Phrasen“ machen ließ, zur Beschwichtigung der Liberalen, da sind sie plötzlich wieder Feuer und Flamme für ihn. So schreibt z. B. der Mannheimer „General-Anzeiger“ Nr. 252: „Wie er im Dezember 1906 die jenseitigen enttäuscht hat, die glaubten, nach ihrem Belieben mit ihm umspringen zu können, so werden auch jetzt diejenigen eine Enttäuschung erfahren, die ihn unter den Willen einer übermächtigen Mehrheit beugen wollen.“ Dieses Gebahren der liberalen Presse zeigt, wie weit es mit ihren Grundätzen her ist. „Und der König absolut, wenn er unjenseitigen Willen tut“, das ist ihr einziger Grund, nach dem sie handeln und nach dem auch die Regierung handeln soll. Wie lächerlich mutet es doch an, wenn die „Neue Badische Landeszeitung“ Nr. 252 schreibt: „Die konservative Partei kämpft um die politische Macht, von der sie fürchtet, daß sie ihr entgleiten könnte. Hinter dem Kampf gegen eine gerechte Besteuerung verbirgt sich der Kampf des konservativen Agrarierthums um die wirtschaftliche und politische Herrschaft in Preußen und im Reiche.“ Hier wird den Konservativen gerade das vorgeworfen, was die Liberalen, namentlich die linksliberalen, sich zu Schulden kommen lassen: daß es ihnen bei der Finanzreform nicht mehr um die Sache selbst zu tun war, sondern um die politische Macht. Und in diesem Kampf um die politische Macht läßt der Liberalismus Grundzüge Grundzüge sein, verteidigt, wenn es für ihn vorteilhaft ist, das Parlament gegen die Regierung und gegenwärtig wieder einmal die Regierung gegen den Reichstag. Bei den National-liberalen war man das schon vor 1906 gewohnt. Die Freimüthigen aber sind erst seit 1906 auf diesen Standpunkt gekommen. Würde das der tote Richter sehen, daß seine Partei, die einstens als die principientreueste galt, jetzt die Grundlosigkeit zu ihrem Prinzip macht!

Ueber die Reichsfinanzreform. Ueber die Stellungnahme der Reichsregierung zu den Steuerplänen der Finanzkommission erzählt die „Nationalz.“ von unterrichteter Seite, daß die Regierung entschlossen ist, die Kotierungsteuer, die Mißbräuchsteuer und den Kohlenaußfuhrzoll mit aller Schärfe zu bekämpfen. Es wird auf das bestimmteste versichert, daß der Reichskanzler aus dieser Position nicht weichen werde. Darauf könne man sich unbedingt verlassen.

Lächerlich! Was ist denn damit gewonnen, daß man weiß, die Regierung sei gegen alle aussichtsreiche Besteuerungen? Gar nichts! Der harte Schluß bleibt immer: Wo das Geld hernehmen für das Reich? und: Wo die Weidheit finden, welche die notwendigen Gelder bewilligt? Was nützt es unter solchen Umständen, wenn gesagt wird, Reichskanzler und Regierung seien gegen die beim Liberalismus ungeliebten Steuern? Braucht der Liberalismus in seiner trostlosen Lage manchmal solche Tröstungen?

Auch im „Schwäb. Merk.“ Nr. 250 vom 3. Juni schreibt einer zu dem liberalen Jubel über die bekannte offizielle Auslassung:

Diese offiziöse Mitteilung wird in der Tat von einzelnen liberalen Blättern als ein bedeutender Erfolg bejubelt. Nachdem man Bülow acht Tage lang zum alten Eisen gemorren oder gar des Verrats bezichtigt hatte, sieht man ihn jetzt wieder an der Spitze des Liberalismus in den Wahlkampf ziehen. Es gibt kaum einen betrübenderen Beweis dafür, in welchem Maße die Ruhe und Unbefangenheit des Urteils in Deutschland durch die Irrungen und Wierungen des letzten Jahres beeinträchtigt worden ist. Daß die offiziöse Erklärung in ihrem zweiten Satz eine ungreifbare Phrase enthält, liegt auf der Hand. Sollte man Ernst mit ihr machen, so müßten Tabak-, Bier- und Branntweinsteuer sofort von der Bildfläche verschwinden. Und die Erbschaftsteuer? Daß die Regierung sie noch vor dem Wiederzusammentritt des Reichstagsplenums einbringen wird, hat der Staatssekretär schon in der Finanzkommission verkündet. Und daß die Regierung sie mit allem Nachdruck vertreten wird, ist selbstverständlich. Voranständig bei der ersten Beratung dieser Vorlage wird der Reichskanzler die von der „Nordb. Allg. Ztg.“ angeführte Rede halten, „um seine Stellung vor dem Land vorzutragen.“ Wird er alsdann die Annahme der Erbschaftsteuer zur conditione sine qua non der ganzen Reform machen? Staatssekretär Sydow soll für seine Person etwas dranzusetzen in der Kommission gelagt haben; Bülow hat es nie getan, und es ist auf das äußerste zu bezweifeln, daß er es in 14 Tagen tun wird. In der gegenwärtigen Lage zu prophezeien, ist ganz besonders mühsam.

Wie geht und gelogen wird. Die „Zf. Zeitung“ behauptet, daß die Parfümeriesteuer von der „Kumpfkommision“ mit Grazie und Eleganz angenommen worden sei; das ist total unwarhaft; die anwesenden Liberalen und Sozialdemokraten stimmten vielmehr für diese Steuer. Inzwischen haben die Parfümeriefabrikanten selbst eine „Protestversammlung“ abgehalten und ein Flugblatt verfaßt, in dem es heißt: „Wenn schon die ganze Art der geleugerten Arbeit seit der Begründung des neuen konservativ-liberalen Wades eine verurteilungs-würdige gewesen ist, so haben doch die Vorgänge bei der Durchberatung des Branntweinsteuerentwurfes dem Haß der Waden ausgesprochen. Es sind bei dieser Durchberatung Anträge mit vollkommenen neuen Momenten und von höchst einschneidenden Folgen für die betreffenden Industriezweige eingebracht und innerhalb 24 Stunden angenommen, obwohl gegen diese Durchscheidung von der Regierung und von anderer Seite die schwersten Bedenken geltend gemacht wurden. Das Un glaublichste auf diesem Gebiete geschah mit der Annahme einer Reichsteuer auf alle kosmetischen Nisch- und Schönheitsmittel. Die Steuer soll zur Einführung kommen, obwohl der betreffende Industriezweig bereits von einer erhöhten Verbrauchsabgabe auf den für seine Zwecke verwendeten Branntwein getroffen wird und damit in Vergleich zur übrigen Industrie eine durch nichts gerechtfertigte Ausnahmehandlung erleidet. Der gesamte deutsche Mittelstand soll dazu herhalten, dem konservativ-liberalen Wad die Genehmigung einer Erbschaftsteuer zu ersparen.“ Nur recht frech! Die Parfümeriesteuer tritt an die Stelle der abgelebten indirekten Steuern, z. B. der Weinsteuer. Nun fragen wir jedermann: Soll man durch die Weinsteuer den Winger schädigen oder durch die Parfümeriesteuer den Luxus und das Wohlleben? Die Steuer ist absichtlich so hoch gemacht, damit sie auf die Konsumenten abwälzt werden muß. Aber trotzdem dieses Geschrei. Diese „Protestler“ haben nicht einmal das Parfümeriegesetz gelesen.

In der „Köln. Zeitung“ wird das Zentrum und insbesondere der Abg. Trimborn heftig angegriffen wegen der Annahme des Antrags der Wertzuwachssteuer. Man stellt ein Parlamentarier in der „Köln. Volkszeitung“ Nr. 467 fest:

1. daß Trimborn überhaupt gar nicht Kommissionsmitglied ist und deshalb auch noch gar keine Gelegenheit hatte, zu dem Antrag Stellung zu nehmen;
2. daß der Antrag auf Wertzuwachssteuer am 29. April als nationalliberaler Antrag in der Finanzkommission eingebracht wurde, als Antrag Nr. 170 unterschrieben von den nationalliberalen Kommissionsmitgliedern Dr. Weber, Dr. Raabe, Sieg, Fuhrmann;
3. daß sämtliche nationalliberalen Kommissionsmitglieder für den Antrag stimmten;
4. daß das Zentrum keinen derartigen Antrag eingebracht, wohl aber für ihn stimmte;
5. daß auf Antrag des Zentrums der Antrag dahin abgeändert wurde, daß die Gemeinden die Hälfte statt wie in dem anderen Antrag nur ein Fünftel des Wertzuwachssteuerertrages erhalten sollten.

Unter solchen Umständen also macht die „Köln. Zeitung“, das große nationalliberale Blatt am Rhein, dem Zentrum und dem Abg. Trimborn einen Vorwurf, daß sie gegen das Interesse der Städte, insbesondere Kölns, gehandelt hätten. Zimmerländer hat sich noch kein Blatt hämiert. Aber der Vorgang zeigt, wie gewissenlos gegen die Wahrheit gelogen wird.

Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Auf dem evangelisch-sozialen Kongress in Heilbronn ergriff auch Graf Pofadowsky das Wort und erklärte u. a.:

„Wenn wir die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht hätten, würde ein jeder Teil der Arbeiter mit der

Sozialdemokratie zusammengehen und die Kraft der sozialdemokratischen Partei verhalten. Am politischen Kampf darf man die Unverschiedenheit nicht so fein machen. Da muß die Arbeiterpartei getrennt marchieren und gemeinschaftlich schlagen. Deshalb ist auch mein Standpunkt, daß wir die christliche Gewerkschaftsbewegung unterstützen müssen im Gegensatz zur sozialdemokratischen Bewegung, die unter aller Feind ist.

Diesen Worten folgte lebhafteste Zustimmung seitens der Kongressteilnehmer.

Rusland.

Oesterreich-Ungarn.

Die bosnische Agrarbank war vom Reichsfinanzminister Burian einstimmig Ungarn ausgeliefert worden, jedoch Oesterreich wohl zur Unterhaltung beitragen darf, aber sonst keinen Einfluß hat, während doch die Ungarn in Geldsachen nicht immer taub sind. In der Dringlichkeitsdebatte des Oesterreichischen Abgeordnetenhauses über diese Frage jagte der Abgeordnete Welschlawer, der Reichsfinanzminister Burian habe in dieser Angelegenheit eine Gemeinheit und Niederträchtigkeit begangen. Dieser Mensch dürfe nicht länger in der Regierung gebuldet werden, da er ein Geschäft machen wolle. Wenn er Charakter besäße, wäre er längst zurückgetreten. Sollte sich das Parlament in all den Jahren mehr um das Reich als um nationale Streitigkeiten gekümmert, so hätte Burian nicht wie ein Pascha herrschen können.

Frankreich.

Erparnisse im Budget. Der Finanzminister wird im nächsten Ministerialrat interessante Mitteilungen über das Budget für 1910 machen. Wie mitgeteilt wird, ist der Minister im Stande erhebliche Erparnisse zu machen. Alle neuen Kredite sollen auf das sorgfältigste auf ihre Notwendigkeit hin geprüft werden.

Ein französischer Offizier über die Ernennung des Generaloberst v. d. Goltz zum Vizepräsidenten des türkischen Oberkriegsrats. Im „Echo de Paris“ veröffentlicht ein ungenannter Offizier einen sehr erregten Artikel über die Ernennung des Generaloberst von der Goltz zum Vizepräsidenten des osmanischen obersten Kriegsrates. Hinter von der Goltz, sagt der Artikelschreiber, steht Kaiser Wilhelm II. Diese Ernennung bedeute, daß Deutschland sich der türkischen Armee moralisch bemächtigen wolle. Der Artikel führt dann weiter aus, wie notwendig es sei, daß türkische Offiziere sich an der französischen Armee bilden, um zu verhindern, daß ihr Land von Neuem unter deutschen Einfluß gerate und schließlich zu einem Bundesgenossen würde, der im Grunde nur ein Sklave sei.

Zum Streit der Seeleute wird aus Marseille gemeldet: Ein Teil der ausländischen Seeleute ist durch Matrosen aus Havre ersetzt worden. Die Schiffs-Kapitäne beschloßen in einer Versammlung, sich mit den Ausländern nicht zu solidarischen und erließen die Seeleute, die Arbeit wieder aufzunehmen. Letztere hielten wiederum eine Versammlung ab, in der die Entfernung der arabischen Geisler gefordert wurde. Die Versammlung beschloß die Fortsetzung des Ausstandes.

Zur Affäre Dupont. Zwischen dem Marine-Untersuchungsausschuß und dem Marineministerium scheint wegen der Dupont-Affäre ein Konflikt ausbrechen zu wollen. Das Ministerium lehnt jede Verantwortung für die Zustellung der Akten an die Mitglieder des Untersuchungsausschusses ab, während dieser ausgedehnte Vollmachten verlangt und erklärt, sich gegebenenfalls an die Kammer wenden zu wollen.

Rußland.

Wahrhaft russische Leute. Der Kommandeur des 12. Orenburger Kosaken-Regiments sowie verschiedene Offiziere des Regiments sind beschuldigt 500 000 Rub. veruntrent zu haben. Das Kriegsgericht stellte sie unter Anklage.

Zur Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren, die am 17. ds. bevorsteht, erfährt der Petersburger Korrespondent der „Daily Mail“, daß der deutsche Botschafter v. Hingen vor einiger Zeit einen eigenhändigen Brief Kaiser Wilhelms an den Zaren überbrachte und daß im Anschluß hieran mehrere Depeschen zwischen den beiden Herrschern ausgetauscht wurden, die sich auf die bevorstehende Begegnung bezogen.

Kirchliche Nachrichten.

Adolfzell. Am 6. Juli wird der hochwürdigste Herr Erzbischof in St. Peter 40 Diakonen das Sakrament der Beisetzweise spenden. Von diesen werden wie folgt ihre Bezirke verteilt: Ludwig Armbruster aus Nögel, am 11. Juli in Nögel. Joseph Wahr aus Griesheim, am 11. Juli in Griesheim. Eduard Wehrenbach aus Warming, am 11. Juli in Warming (Gymnasialkolonist). Ferdinand Berger aus Marzdorf, am 11. Juli in Marzdorf. Heinrich Bodel aus Pfetschheim (Elsch), am 8. Juli in Pfetschheim. Alms Bopp aus Vimbach, am 11. Juli in Vimbach. Otto Weisler aus Lörbach, am 11. Juli in Lörbach. Alfred Wold aus Vimbach, am 11. Juli in Vimbach. Hermann Gnz aus Weisbach, am 11. Juli in Weisbach. Oskar Fohrmeyer aus Giffingheim, am 11. Juli in Giffingheim. Wendelin Fohrmeyer aus Giffingheim, am 7. Juli in St. Peter. Andreas Fischer in Hoppelwies, am 11. Juli in Hoppelwies. Karl Fischer aus Kottweil (Württemberg), am 11. Juli in Kottweil. Otto Fischer aus Alfeld, am 11. Juli in Alfeld. Oskar Geierhaas aus Rainheim, am 11. Juli in Rainheim (Heilig-Geistkirche). Stephan Gögger aus Haueneberstein, am 11. Juli in Haueneberstein. Franz Josef Gutmann aus Untermünsterthal, am 11. Juli in St. Trupert. Edmund Haas aus Singstal, am 11. Juli in St. Roman. Emil Hoferer aus Oberkirch, am 11. Juli in Oberkirch. Franz Föder Hoferer aus Oppenau, am 11. Juli in Oppenau. Julius Lamp aus Karlsruhe, am 11. Juli in Karlsruhe (Weibsteuerehrkirche). Karl Lehmann aus Oberkirch, am 11. Juli in Oberkirch. August Reuter aus Tiefenbach, am 11. Juli in Tiefenbach. Karl Reuter aus Griesbach, am 11. Juli in Griesbach. Adolf Röhler in Völkchen, am 11. Juli in Völkchen. Gustav Röhler aus Völkchen, am 8. Juli in Freiburg (Konviktskirche). Theodor Renner am 8. Juli in St. Peter. Heinrich Riß aus Weiskirchen, am 11. Juli in Engen. Emil Rombach aus Schönbach, am 11. Juli in Schönbach. Albert Rumpf aus Kappelwies, am 11. Juli in Kappelwies. Anton Sälinger aus Zell-Weierbach, am 11. Juli in Weiergarten. Veronik Schöb aus Gösgründ, am 11. Juli in Gösgründ. Adolf Siegelbacher aus Reustadt, am 11. Juli in Reustadt. Jakob Stoll aus Rüte, am 11. Juli in Herrschried. Jakob Wierling aus Weiblingen, am 11. Juli in Weiblingen. Eugen Walter aus Sippingen, am 11. Juli in Sippingen. Rodmas Weber aus Nechingen, am 11. Juli in Langenbrüden. Wilhelm Weibel aus Langenbrüden, am 11. Juli in Langenbrüden.

Waldkirch. Die angelegte Erbauungsstunde für katholische Taufstämme muß leider wegen ganz un-

England.
Die englischen Flottenmanöver. Der Daily Telegraph kündigt heute an, daß an den diesjährigen britischen Flottenmanövern unter der Oberleitung von Admiral May nicht weniger als 300 Kriegsschiffe teilnehmen werden. Die Manöver beginnen am 17. Juni und dauern drei Wochen.

Baden.

Karlsruhe, 1. Juni 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, die Kammerjunfer Bernher Freiherren von Ritzberg, Amtmann in Offenburg, Karl von Wilsch, Oberamtmann und Amtsvorstand in Staufen und Weiskirch, Grafen von Helmstatt, Amtmann in Schopfheim, zu Kammerherzen, sowie den Hauptmann A. D. Konstantin Grafen von Hennin zum diensttunenden Kammerherren zu ernennen und ihn dem Oberhofmarschallamt beizugeben; ferner den Leutnant Karl Lenz in Weiskirch unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Genehmigung des Reichsministeriums des Innern wurde auf Ansuchen des Dr. Oskar Frey in Geisingen dessen Ernennung zum Bezirksarzt in Gengenbach zurückgenommen.

Gegen die „jüngliche Bürokratie und Juristerei“

hat der Abgeordnete Wasserfmann in Berlin eine Rede gehalten. Die Rede wurde darin als eine Ausgleichspartei charakterisiert, deren Anhänger allen Schichten des Berufslebens angehören. Sie sei als Partei der mittleren Linie erst recht eine politische Notwendigkeit, die auch heute vertrauensvoll in die Zukunft sehen könne. Er sprach, die Personalfrage erörternd, die Erwartung aus, daß die Betriebe, in der „jünglichen Bürokratie und jünglichen Juristerei“ ausschließlich regiert hätten, dem Untergange ziele und daß man zur Auswähl der Männer mutig hineingreife in die Kreise des Berufslebens der Nation. Darauf würdigte er noch das Anwachsen des Organisationsgedankens.

Dazu bemerkt die „Deutsche Reichspost“ Nr. 127: „Was wollte er wohl damit sagen, daß er das „jüngliche Juristertum“ so hart ansetzt? Aber in dem Vaterlande des Herrn Wasserfmann die Gründe der letzten Jahre nicht unmerklich verlagert hat, mußte bemerken, daß die Führung der alles beherrschenden national-liberalen Partei beständig in den Händen der „jünglichen Bürokratie“, des „jünglichen Juristertums“ lag. Auch die Führer, welchen es gelang, das große rote Karren mit der Linkspartei herbeizuführen, waren „jüngliche Juristen und Bürokraten“. In ihrer Spitze standen drei Mitglieder des Reichsgerichtsrates, vor allen voran der inzwischen zum Vizepräsidenten ernannte Herr Dr. Oskar Frey. Diesen Herrn wird die muntere Axt der offeneren Pflichten wohl wenig gefallen, denn sie enthält wohl einen Teil des Niedererschlags der Gegenseite, welche Wasserfmann jenem unheilvollen Einschlag von jeder entgegengebracht hat. „Jüngliche Bürokratie, „jüngliche Juristerei“, das ist gemeint mit jenem bestimmenden Charakter des einseitigen Fortschritts, wie wir ihn an fast allen jenen dahinschwärmenden Namen liberaler Parteiführer kennen. Vom abgemessenen vaterländischen Standpunkte aus wünschen wir dem Herrn Wasserfmann Erfolg; allein wir haben zunächst wenig Hoffnung, Herr Oskar Frey wird das Besten daraus nicht aus den Händen geben, zumal da er neben der Bewältigung der außerordentlich umfassen Arbeit seines schwierigen Postens in Mannheim doch immer noch die genügende freie Zeit zur Leitung der badischen Gesamtpartei findet.“

Wer in Baden von der „jünglichen Bürokratie und Juristerei“ nichts wissen will, der muß gegen das liberale System kämpfen, welchem die „jüngliche Bürokratie und Juristerei“ tief in den Knochen sitzt.

* Die Konsequenz im Aufstiege

ist zwar nicht tödlich, aber interessant, wenn sie vorkommt. In der Wamheimer „Volksstimme“ liegt ein solcher Fall vor. Zu einer Klage in der „Volksstimme“, daß in der Wamheger in den sogenannten Wamheger Bezirken des Zentrums viel zu wenig politische Versammlungen abgehalten würden, schreibt das „geistreiche“ Sozialistenblatt in Mannheim: „Wenn der „V.“ zu Pfingsten ansetzt über den dunkeln Tauberggrund, seinen Kurs zufällig über die Wamheger genommen hätte, wäre es den dortigen Zentrumsanhängern also wahrscheinlich eben so gegangen wie den ob dem ratternden Teufelsföhren erst das erlauchten Wäpchen der Herren Zehter und Schöfer. So lebt man in den schwarzen Jagdgründen an der Mosel vermutlich heute noch dahin, ohne jemals vom „größten Deut-

wartel eingetretener Hindernisse auf einen späteren Sonntag verschoben werden.“

Breslau. Die Nachrichten über das Befinden des Kardinalbischofs von Breslau lauten wieder erfreulicher. Die fürstbischöfliche Geheim-Kanzlei meldet, daß die Krankheit des Kardinals noch als überstandener gilt. Die Besserung scheint rüstig vorwärts zu gehen.

Wetzlar, 4. Juni. Der Erzbischof von Mohilew und Metropolit der östlich-katholischen Kirchen des Reichs, Szuatowski, ist gestern gestorben.

Theater und Kunst.

O Großenjögisches Hoftheater. Die Oper „Manon“ von J. Massenet, welche morgen (Sonntag) hier zum ersten mal zur Aufführung gelangt, gehört zu denjenigen Werken des Komponisten, welche sich dauernd auf dem Spielplan großer deutscher Bühnen wie Berlin, Dresden, Frankfurt, Wien erhalten haben. Hier ist Massenet, von dessen Opern u. a. „Herodiade“, „Werther“, „Cendrillon“, „Therese“, in Deutschland bekannt geworden sind, vor wenigen Jahren mit dem „Madchen von Navarra“ und „Gaukler unserer lieben Frau“ zu Wort gekommen. Die Einföhrung der Oper „Manon“ wurde von den Herren Schön und Lorenz geleitet. In der morgigen Einföhrung sind außer Frau von Westhofen und Herrn Jachmeyer beschäftigt die Damen Brünch, Fräulein Großfand-Strasburg für die erkrankte Fräulein Hofner und Teres und die Herren Blüthner, Gril, van Gortom, Moha und Schüler.

Briefkasten.

Herrn P. J. hier. „Moiensens „Manon“ ist eine sentimentaler „Garnen“, die nicht interessiert; Sie können die Aufführung ganz gut durch Ihre Gegenwart bezeugen. Ein dramatisches selbes Geschehen Sie vermissen, aber die Bilder, aus welchen die Handlung zusammengeleitet ist, sind sehr wirksam. Wie kommen Sie auf den beinahe vergessenen Moritz Hauptmann? Was sein Wert; die Natur der Harmonik und der „Moiensens“ betrifft, ist es das Beste von Hauptmanns ganzem reichem Künstlerleben, das glänzendste Resultat seines Wirtens und Fortschritts als Dichter — es wird, trotz dem nullfährigen Modernismus, für alle Zeiten eine hoch bedeutende Tat in der Geschichte der Tonkunst bleiben. von Stecken.

igen des 20. Jahrhunderts“ und seinem himmelstärkenden Herzen werl etwas gehört zu haben. — „Selig sind die Armen im Geiste.“

Alfo: Die Leute der Moselgegend wissen noch heute nichts vom „größten Deutschen des 20. Jahrhunderts“, weil das Zentrum dort zu wenig politische Versammlungen abhält! Ist denn kein vernünftiger Mensch auf der Redaktion jenes Blattes, der sich solcher Kaderlichkeiten einer Redaktionsfeder schämt und sie verbietet? Es gibt heute immer noch Leute, die mit einer Gänsefeder schreiben; schlimm aber ist es, daß es auch Journalisten gibt, welche mit dem Geiste einer Gans faren; daher: „Selig sind die Armen im Geiste, denn sie werden von der „Volksstimme“ aufgeföhrt zu werden.“ Wamhegerjournalist!

III Vom „jünglichen“ Baden.

Aus dem Oberland, 4. Juni. Die von der „Frankf. Ztg.“ erfundene Mär über das „jüngliche Baden“ macht wie gewöhnlich die Runde durch den ganzen liberalen Blätterwald; sobald im „Berliner Tagblatt“ oder in der „Frankf. Ztg.“, den größten Judenblättern, aus irgend einem noch zu entlegenen Neize etwas „berichtet“ wird, das sich gegen die Katholiken oder wenigstens den katholischen Klerus ausbeutet, wird der Schwindel mit verblühender Einstimmigkeit von allen liberalen Blättern minderer Güte nachgedruckt, auch wenn die Unwahrscheinlichkeit auf der flachen Hand liegt. Den Liberalen haben diese Vorheiten ihrer weltfernen Redaktoren schon schwer geschadet; in der liberalen Presse werden die Katholiken gewöhnlich als kulturell zurückgeblieben hingestellt, die Keier aber sehen und erkennen aus ihrem täglichen Verkehr, daß bei den katholischen Geistlichen und den Katholiken überhaupt davon gar keine Rede sein kann. Ich habe deshalb schon an den verschiedensten Orten die Beobachtung gemacht, daß die Leute beim Lesen derartiger Schamermärchen auf Grund ihrer eigenen Erfahrung sofort sagen: „Es wird halt wieder wie gewöhnlich verlogen sein.“

Zu den dümmsten, aber immer wiederholten Klagen der liberalen Presse gehört auch jene, daß der katholische Klerus das Baden oder Waschen für eine Sünde halte; und wenn auch tatsächlich einmal ein Geistlicher in der Bräuerie zu weit ginge, so wäre damit gar nicht gelagt, daß der ganze Klerus derselben Ansicht sei; ist es doch unlegare Tatsache, daß der katholische Klerus in der vernünftigen Körperpflege sich von keinem anderen Stande unterscheidet.

Es ist erst sehr kurze Zeit her, da passierte irgendwo in Baden eine für die liberale Presse sehr lehrreiche Geschichte; vieleicht werden die Herrschaften etwas bescheidener, wenn wir sie heute wenigstens andeutungsweise erzählen. Es sollte in einem Orte die Wasserleitung eingeföhrt werden. Natürlich sollte auch das Pfarrhaus angegeschlossen werden; allein der überaus ganz liberale Gemeinderat, dem auch ein bekannter national-liberaler Abgeordneter angehört, versagte, daß der Pfarrer den doppelten Wassergin zahlen solle und zwar begründete der liberale Gemeinderat mit seinem national-liberalen Abgeordneten dieses merkwürdige Verhalten damit, daß der Herr Pfarrer sich jeden Tag wasche! Es bedurfte energischer Vorstellungen des Bezirksamtes, um den liberalen Gemeinderat von seinem Vorhaben abzubringen; so kam es, daß der betreffende Pfarrer, obgleich er sich jeden Tag wusch, auch heute noch nicht mehr Wassergin zahlen muß, als die liberalen Gemeinderäte mit samt dem national-liberalen Abgeordneten.

Da diese Geschichte nicht in Spanien, sondern in Baden und zwar in einem zu drei Vierteln liberalen Orte passiert ist, werden unsere liberalen Blätter nicht umhin können, diese erbauliche Geschichte ebenfalls zu bringen. Sie hat sogar den Vorzug, daß sie nicht so offenbar erfunden ist, wie die spanische. (Nicht die „Bad. Landesztg.“ brachte vor einigen Tagen in ihrem kleinen Feuilleton die Notiz, „die alte Kirche“, d. h. die katholische Kirche, habe jede gründlichere Reinigung des Körpers, also Baden und Waschen, als sündhaft verabscheut. Das ist ein Widerspruch, den man für vernünftige Menschen nicht zu widerlegen braucht. Gibt es doch sogar, um nur eins zu sagen, mittelalterliche religiöse Stiftungen für Bäder. Und wer sich nur einigermaßen auskennt in der mittelalterlichen Geschichte, der weiß auch, daß es damals wie heute Bader gab, die fleißig aufgeschloß wurden. Auch wird selbst der höhergradige, ob jüdische oder nicht jüdische, liberale Journalist nicht behaupten wollen, daß im Mittelalter niemand sich wusch und wasch und wasch — wir glauben nicht, daß es bestritten wird — fern man im Wasser. Und der Grundsatz: „Das Wasser hat kein Walle“, der auf Wasserföhren schließen läßt, wird bekanntlich nicht der „alten Kirche“, sondern Deuten nachgelegt, welche der „Frankf. Ztg.“ näher liegen als nach. Wir sprechen aus Erfahrung, wenn wir sagen: Höflichergebildete Leute gibt es nicht, als gewisse liberale Journalisten, wenn es sich darum handelt, der „alten“ Kirche irgend etwas Dummes anzuhängen. D. R.)

IV Demokratie und Freisinn!

Durlach, 4. Juni. Mit diesem Titel ist ein Artikel in Nr. 123 „Bad. Beob.“ überföhren. Der Artikel, aus der „Frankf. Ztg.“ übernommen, stellt die Tatsache gerade auf den Kopf. Der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ scheint die Durlacher Verhältnisse schlecht zu kennen, sonst könnte er nicht von einer starken demokratischen Organisation, die beinahe Herrn Delske im Jahr 1905 zum Sieg geführt hätte, sprechen. Ebenso ist die Behauptung, die Kandidatur Fröhner sei einstimmig durch den freisinnigen Verein erfolgt, eine Erfindung dieses temperamentvollen Demokraten. Weit entfernt, ins zum Anwalt der linksliberalen Sache aufzutreten, sei nur festzustellen, daß am Scheitern eines liberalen und speziell eines linksliberalen Wades niemand mehr die Schuld trägt, als gerade der heilige demokratische Verein. Die freisinnigen waren anfangs bereit, eine demokratische Kandidatur zu unterstützen, wenn solche einem einigermaßen parlamentarisch gebildeten Manne, also nicht dem Durlacher Gemeinderat Fröhner, übertragen werde. Glediehend, wie nun einmal die heiligen Demokraten sind, hielten sie aber ihren Kandidaten fest und brachten so die Verhandlung zum Scheitern.

Die freisinnigerleits weitergeführten Versuche mit den Nationalliberalen und Jungen zwecks Einigung auf eine Kandidatur verliefen ebenfalls resultatlos.

weil, wie schon früher an dieser Stelle mitgeteilt wurde, die Nationalliberalen durch plötzliche Aufstellung einer eigenen Kandidatur auch diese Verhandlung zu Säanden machten. Jetzt erst wurde Fröhner offiziell ernannt. So hätte der Durlacher Demokrat der „Frankfurter Zeitung“ berichten müssen. Von der starken demokratischen Organisation zu reden ist geradezu verlogen. Die Herren würden sich wundern, wenn man ihnen zahlenmäßig die Stärke des demokratischen Vereins vorhielte.

Ganz zutreffend ist die Nachschrift des „Badischen Beobachters“ in Nr. 123. Der ganze Liberalismus ist eine kraft- und kraftlose Neklamerweirtheit, die nur zum Schutze der heimlichen parteilichen Sonderinteressen dient.

Wundorf, 4. Juni. Am 13. Juni findet hier eine liberale Versammlung statt, in der Landgerichtsdirektor Oßföhler sprechen wird.

Kleine badische Chronik.

Kaubersbühlofheim, 2. Juni. Der um 4 Uhr von Landa nach hier fahrende Zug hielt plötzlich zwischen Landa und Dittelsheim. Der Lokführer W. L. aus Dittelsheim geblieben, war beim Kontrollieren vom Triebwerk abgestürzt. Die Verletzungen sind glücklicherweise keine schweren. Er kam, abgesehen von einigen Schürfwunden am Kopfe, mit dem bloßen Schrecken davon.

Malsb., 5. Juni. Es gibt noch viele, die über das ausgedehnte Steuerwesen, wie wir es haben, keinen Begriff wissen, die aber nur aus den Steuerzetteln und den großen Zahlen, welche darauf stehen, die Steuer kennen lernen. Es ist daher wohl angebracht, einmal über unser ausgedehntes System der Abgabenerhebung sich genauer zu orientieren. Zu diesem Zweck findet morgen im katholischen Männerverein im „Ochsen“ hier ein Vortrag statt, wozu die Mitglieder des Männer- und Arbeitervereins wie alle Freunde und Gesinnungsgenossen eingeladen sind.

Konstanz, 6. Juni. Mit einem Betrage von 2400 M. durch den Herrn W. L. ein Anläufer einer hiesigen Firma. Er sollte damit einen Wechsel auf einer hiesigen Bank einlösen. Gestern Abend noch konnte er verkehrt werden, hatte aber nur noch 850 Mark bei sich; über den Rest des übrigen Geldes beweiagert er die Anstalt. — Eine Wette von 20 000 Dollar = 100 000 M. hat ein Amerikaner namens Stan aus Losangeles in Kalifornien eingegangen, daß er die Wette um die Welt zu Fuß in drei Jahren machen würde. Gestern traf er hier ein. Am 15. September 1908 ist er in Losangeles abmarschiert und am 26. April in Havre auf europäischem Boden gelandet. Von hier marschiert er über Belgrad nach Petersburg und durch Sibirien nach Japan und Amerika. Untere Wegs muß er seinen Unterhalt selbst verdienen.

Das Großherzogpaar in Freiburg.

Freiburg, 4. Juni. Gestern nachmittag 4 Uhr fand im Schloß Empfang der Staatsbeamten statt. Während dessen besuchte die Großherzogin das Kinderhospital und die Großherzogin Hilfsausstellungshalle. In beiden Anlässen verweilte sie nahezu eine Stunde. Nebenher veranfaßte die vereinigten Männervereine eine Kundgebung im Hofe des Palais, bei dem 5 Lieber, meist Volksglieder, geungen wurden. Darauf hielt der Präsident Dr. Wegger eine Ansprache und brachte ein Hoch auf das Großherzogpaar aus. Der Großherzog dankte und sprach seine Freude über das Ständchen aus.

Heute vormittag 9 Uhr brachte die Kapelle des 118. Regiments ein Ständchen. Um 10 Uhr luden die Herrschaften zum Besuch der Hofkirche der Hofmusik und der Schwaone, woran sich der Besuch der drei Hofkirchen im Schloßhof angeschlossen. Überall wurden die hohen Herrschaften von der Geistlichkeit und der Kirchengemeindevertreter empfangen und begrüßt. Dann erfolgte gegen mittag die Rückfahrt ins Schloß.

Nachmittags 4 Uhr begann die Waldfahrt nach St. Ottilien, wo der Tee eingenommen wurde. Dann erfolgte die Weiterfahrt, im ganzen drei Stunden, nach der Spurg.

Hier findet das Abendessen statt. Die Regimentskapelle spielt und der Freiburger Männergesangsverein trägt einige Lieder vor. Auf der Heimfahrt sind die Wälder zu beiden Seiten der Straße und die Berge benaglich erleuchtet.

Namens der Stadt Freiburg hat der Oberbürgermeister an die Großherzogin Luise in Baden-Baden nachstehendes Telegramm gerichtet: „Im Vorabend des Empfangs der Großherzoglichen Herrschaften gedenkt die Stadt Freiburg dankbar und besorgt jenes herrlichen Ereignisses heute der freien Bürger, an welchem es uns vergrößert war, Eure königliche Hoheit bei uns empfangen zu dürfen. Mit dieser ergebenden Erinnerung verbinden wir die treuesten Wünsche für das Wohlergehen Eurer königlichen Hoheit.“

Die Antwort der Großherzogin lautete: „Es wird mir schwer, die rechten Worte zu finden, um der tiefen Wahrung Ausdruck zu geben, mit welcher ich Ihre Begrüßung namens der Stadt Freiburg erhalten habe und ich möchte Ihnen meine Dankbarkeit so aussprechen können, wie die Liebe mein Herz erfüllt.“

Unvergessen bleibt jener einigartige Tag heute vor sieben Jahren vor mir, in seinen eben ergebenden tolle bewegenden Eindrücke, die noch jetzt in mir weiterleben und immer weiterleben werden in jenseitigen Bewußtsein, daß das Andenken uneres teuren heimgegangenen Großherzogs für immer dort bewahrt wird, wo ich und mit in der Stadt Freiburg so viele Liebe entgegengebracht wurde. Den morgigen, feierlichen Tag begleite ich mit meinen treuesten Wünschen von ganzem Herzen mich freudig über das, was Sie meinen geliebten Kindern Anteil werden lassen wollen. Großherzogin Luise.“

Versammlung des Grund- und Hausbesitzervereins.

Karlsruhe, 5. Juni 1909.

Der Grund- und Hausbesitzerverein hielt gestern abends in der Brunner-Schrenck eine Mitgliederversammlung ab, in der zu verschiedenen Fragen Stellung genommen wurde.

Der Vorstand Herr Rechnungsrat Merzle hielt zu nächst einen Vortrag über die kommende Wertzgewerbesteuer. Sie habe schon vor mehreren Jahren im Landtag gepulst; es sei ein Antrag auf Einföhrung der Wertzgewerbesteuer eingebracht und schließlich eine Resolution angenommen worden, dieselbe im Zusammenhang mit der Vermögenssteuer einzuföhren. Ein Gesetzentwurf ist den Städteverwaltungen ein desbezüglicher Gesetzentwurf zur Begutachtung zugegangen. Wir wissen über denselben nichts Näheres und können deshalb nur unseren Standpunkt im allgemeinen präzisieren. Der Hausbesitzerverein Karlsruhe hat bereits in einer Eingabe gegen die Wertzgewerbesteuer Stellung genommen, da sie in Baden nicht berechtigt ist. Wenn sie aber dennoch kommen sollte, so sollte man sie nur auf das unbedingt Gebotene beschränken und zur Säonung des Mittelstandes einen möglichst hohen Prozentsatz freilassen. Die Wertzgewerbesteuer ist aus Roddenstand gekommen. Ganzhändig sind es die Bodenreformer, die in fast allen Städten auf ihre Einföhrung hindrängen, und in vielen Städten hatten sie Erfolg. Sie sagen zur Begründung ihres Verlanges, der Boden gehöre der Allgemeinheit und die Wertzgewerbesteuer werde durch die Allgemeinheit her-

Vorgehen. Der erste Satz sei insofern unrichtig, als fast auf jede Kategorie ein Privatbesitz eingetragene sei. Auch sei es unrichtig, daß der Wertzuwachs von der Allgemeinheit herbeigeführt werde. Die Allgemeinheit trägt so wenig bei, wie man es dem einzelnen beibringen kann, daß er etwas beitrage. Er wolle aber nicht beibringen, daß es beim unbebauten Gelände in der Nähe großer Städte der Fall sei. Bei Häusern in der Stadt trifft es nur bei Vererbungsänderungen zu, die aber auch Entwertungen zur Folge haben. Die Frankfurter Wertzuwachssteuer beginnt bei einer Wertsteigerung von 20 Prozent; es werden erhoben bei 20 000 M. 2 Proz., bei 50 000 M. 3 Proz., von 100 000 M. 4 Proz. und so fort bis zum Höchstmaß von 25 Prozent. In Baden werden nun fast schon die Hausbesitzer am allerhöchsten herausgehoben zu den Steuerlasten, wie dies auch Oberbürgermeister Siegrist bei der Voranschlagsberatung feststellte. Die Wertsteigerung kann bei 10 Proz. auch schon vor der alle 5 Jahre stattfindenden Neuanschätzung zur Steuer herangezogen werden.

Die Wertzuwachssteuer ist in Norddeutschland den Städten überlassen. Ein Zwang zur Einführung besteht nicht. Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß in den wenigsten preussischen Städten eine Vererbungssteuer besteht. Nachdem wir aber in Baden eine Vererbungssteuer von 3 Prozent haben, bin ich der Ansicht, daß eine Wertzuwachssteuer bei uns die preussische übersteigt. Wenn in Frankfurt ein Haus, das 100 000 M. gelöst hat, zu 150 000 M. verkauft wird, wären dort 4000 M. Steuer zu bezahlen, in Baden dagegen im gleichen Fall 4500 M., dazu noch andere Dinge kommen, so daß der Betrag von 5000 M. erreicht wird. In Preußen wird in den meisten Städten unsere Vererbungssteuer nicht erreicht. Bei uns wird aber die Vererbungssteuer ohne Rücksicht auf Gewinn oder Verlust beim Verkauf erhoben. In Norddeutschland trifft die Steuer in der Regel bebautes und unbebautes Gelände. Das Anlagekapital für Käufer muß aber bei uns in einer Reihe von Jahren von selber ansteigen, weil die Vererbungssteuer bei den Vererbungen daraufgeschlagen werden muß. Dazu kommen Reparaturen und bauliche Veränderungen, die Wertverluste, das Sinken des Geldwertes, alle diese Momente steigern das Anlagekapital, so daß bei einer bedeutenden Steigerung des Kaufpreises kein eigentlicher Wertzuwachs vorhanden ist. Die Besitzer von Baugelände würden die Wertzuwachssteuer auch auf ihre Objekte schlagen, so daß die von den Bodenrentnern erwartete Ermäßigung der Mieten nicht eintritt. Auch der Mittelstand dürfte durch eine Wertzuwachssteuer geschädigt werden. Nur die Großkapitalisten und Gesellschaften könnten dann noch Kapitalgebern.

Auch im Reichstag wurde in letzter Zeit die Wertzuwachssteuer. Sie sei dort hauptsächlich von agrarischer Seite vorgebracht worden. Dieser Antrag bedingte eine Abmilderung der Raten auf die Städte. Es sei nicht schön, wenn dies von einer Seite gefordert, die den Nutzen davon allem, was im Reiche auf gefeigeberechtigtem Gelände seit Jahrzehnten gesäht. Die Agrarier schlagen schon eine Wertzuwachssteuer bei 10 Prozent vor und gehen bis zu einem Betrage des Zuwachses. Hoffentlich werde ihnen der Wunsch nicht gelingen.

Wenn die Wertzuwachssteuer kommt, müssen wir verlangen, daß die Vererbungssteuer abgeschafft oder so gelindert wird, daß wir nicht eine doppelte Steuer haben, da unsere Vererbungssteuer schon doppelt so hoch ist wie die Wertzuwachssteuer. Jedenfalls können wir zwei derartige Steuern nebeneinander nicht brauchen. Prinzipiell müssen wir die Wertzuwachssteuer ablehnen. Wenn sie aber nicht abzuweisen ist, dann sollte sie auf keinen Fall für bebauten Objekte eingeführt werden, sondern höchstens für unbebaute Grundstücke, weil hier der Eigentümer nicht derjenige ist, der die Wertsteigerung im Laufe der Jahre herbeigeführt hat. (Wohlf. Weisfall.)

An der Vorrede schloß sich eine kurze Diskussion, die nichts Merkwürdiges bot.

Darauf kam der Vorsitzende Rechtsanwalt Merkle auf die Besetzung der Steuerreform zu sprechen und wandte sich gegen die gegnerischen Ausführungen der letzten Zeit, insbesondere gegen Bürgermeister Dr. Weisfall, Gierbach und den Stadtrat Weisfall. Gegenüber unserem Artikel vom 21. Mai bekannte Weisfall, daß ihm von einer Verhinderung der Steuer, die bisher Opposition machte, nichts bekannt sei. Eine Veränderung der Aufstellung sei beim Hausbesitzverein nicht eingetreten. In dem Artikel sei ferner behauptet, daß Oberbürgermeister Siegrist bei der Voranschlagsberatung gesagt habe, daß der Schuldabzug nicht zulässig sei. Das ist nicht richtig; er (Siegrist) habe vielmehr gesagt, es sei nicht zu erkennen, daß eine Reform eintreten müsse. Das häßliche Hausgesetz sei in Baden am meisten belastet. In welcher Weise Abhilfe geschaffen werde, sehe man nicht. Es ist nicht richtig, wenn vom Zentrum gesagt wird, es sei in leitenden Kreisen, so vom Oberbürgermeister von Karlsruhe, gesagt worden, es sei ein Schuldabzug nicht durchführbar. Dagegen müssen wir uns wenden. Weiter wendet sich Weisfall gegen einen Satz in dem genannten Artikel, in dem die Wertminderung ausgesprochen werde, daß sich die Gewerbetreibenden an den Werten der Hausbesitzer sparen lassen, da der Schuldabzug eine Mehrbelastung des Betriebsvermögens bringe.

Wir wollen dazu folgende Bemerkungen machen, daß wir selbst in der letzten Hausbesitzer-Versammlung den Eindruck hatten, daß einzelne Mitglieder den Wertminderung der Wertminderung des Prozeites. Wir haben verschiedene wertvolle Stimmen gehört, die derselben wachte sich sogar direkt an den Herrn Vorsitzenden, der dann erwiderte: „Wir müssen weiter protestieren, sonst erreichen wir nichts!“ Diese Stimmung einzelner Mitglieder brachte uns mit anderem auch auf den Gedanken, daß die Versammlung nach einem Nebenbesuch als Wählerversammlung haben könne. Der Umstand, daß nur Weisfall vertreten war, wachte in uns den Verdacht, daß hier der Hausbesitzerverein als Sprungbrett für eine Kandidatur Weisfalls benutzt werden sollte, um die schönen Versprechungen Weisfalls fester zu machen und vor, wie ein toller Wind, von einer Wertminderung der Hausbesitzer abzuweichen. Wir wollen damit nichts befehlen, sondern lediglich den Eindruck wiedergeben, den die Versammlung auf uns machte. Das wir bezüglich der Kandidatur nicht falsch kalkuliert haben, bedarf jetzt keines Beweises mehr. Was die Ansicht von Merkle bezüglich der Stellungnahme des Herrn Oberbürgermeisters zum Schuldabzug betrifft, so müssen wir konstatieren, daß Herr Merkle sich hier im Irrtum befindet. Herr Oberbürgermeister Siegrist führte nämlich aus: „Im ersten ist wohl an eine andere Handhabung der Einschätzungen zu denken, dagegen nicht an den Schuldenabzug bei den Gemeinden. Dieser würde zum Schaden der Käuferkapitalien führen und wir würden die Hälfte der Käuferkapitalien verlieren. Dadurch würde eine bedeutende Erhöhung des Anlagekapitals notwendig. Das ist der Sinn der Worte des Herrn Oberbürgermeisters, wie wir sie in unserem Bericht nach stenographischer Notizen wiedergeben. Ein weiterer Kommentar ist überflüssig.“

Was die Gewerbetreibenden betrifft, so ist auch das Argument des Herrn Merkle nicht stichhaltig, daß der Hausbesitzer und Gewerbetreibende am schlechtesten daran sei, weil er doppelt belastet werde, wenn er auf sein Haus ein Kapital für seinen Betrieb aufnehmen wolle. Der Hausbesitzer ist überflüssig, ganz, daß das, was er von den Hausbesitzern abwenden will, anderen aufgebürdet werden müßte, die sozial und wirtschaftlich vielfach schlechter stehen als die Hausbesitzer. In der Diskussion wurde von einem Herrn darauf hingewiesen, daß eine Wertminderung von vielen Mietern nicht getragen werden könne. Die Belastung derselben zugunsten

der Hausbesitzer durch das Gesetz verlangt man aber trotzdem. Das war derselbe Herr Schreinermeister Siedle, der es als geradezu zaurig bezeichnen zu müssen glaubte, daß eine Karlsruher Zeitung einen anderen Standpunkt einnimmt als der Hausbesitzerverein. In der Diskussion wurde ferner in Aussicht gestellt, daß hier jeder Landtagsmitglied nach seiner Stellungnahme zur Vermögenssteuerreform und Wertzuwachssteuer gefragt werden soll.

In weiteren Verlauf der Versammlung, die bis halb 12 Uhr dauerte, wurden noch verschiedene Hausbesitzerwünsche, wie die Unterhaltung der Gewerbesteuer durch die Stadt, besprochen. Hierbei machte Herr Siedle die Mitteilung, daß die Stadt in einem Falle, wo infolge von Abstellungen u. dergl. die Gewerbesteuer aufrechterhalten, auch zur Reparatur verpflichtet sei. Herr Oberbürgermeister Siegrist habe ihm gesagt, es sei hierfür eine Versicherung vorhanden.

Lokales.

Karlsruhe, 5. Juni 1909.

Der Zusammenstoß des Führers mit einem Leutnant des Telegraphenbataillons dürfte u. G. mit der Verhütung des Generalkommandos nicht erledigt sein. Der Fall beharrt unbedingt der Klärung. Wie kommt es, daß der Führer von der Reitschule Gebrauch machte? Was will jener, daß auf beiden Seiten geschickt worden ist; die Öffentlichkeit wäre für eine Aufklärung des Falles wohl dankbar.

Reisenscheiter. Aus unserem Bezirkskreis wurde Klage darüber geführt, daß in dem neuesten Programm des Reichsbahndienstes sich eine Nummer befindet, in der die Weist und das Kaiserleben in lächerlicher Weise dargestellt werden. Wir haben uns die Sache selbst angesehen und finden sie ebenfalls sehr unpassend. Es handelt sich wieder um eine Pariser Aufnahme, wie wir sie beim Weltkriegen schon wieder sahen. Wir haben in Deutschland absolut kein Bedürfnis, uns nach französischer Art zu amüsieren. Und wollems erst Wünsche in französischer Theaterkultur, können dem Reichsbahndienst nicht zur Empfehlung dienen. Wo wozu damit?

Ein Unbesonnenes. Gestern nachmittag hat ein städtischer Arbeiter im Stadtwald auf ein durchfallendes Automobil mit einem Stein geworfen und dabei eine Glasscheibe zerschlagen.

Während des gestrigen Gewittersturms wurde auf dem Schloßpark bei der Kreuzstraße ein großer Lindenbaum umgestürzt. Die reichlichen Wasserläufe, die herabgingen, brachten der Stadtwirtschaft die erwünschte Fruchtbildung, aber auch dem Stadter nicht unwillkommene Abkühlung der Temperatur.

Wegen gewerbetreibender Glasbläser wurden 7 Personen angeklagt.

Diebstähle und Unterschlagungen. Am 1. d. M. wurde im hiesigen Stadtgarten eine wilde Mandarinen-Brutenei samt zehn angebrüteten Eiern im Werte von 100 M. gestohlen. — In einem hiesigen Restaurant unterlag ein Portier aus Thalweg 67 M. Telephongebühren und ging damit flüchtig. — Der ledige, 30 Jahre alte hiesige Arbeiter W. M. aus Steinbrunn erwiderte sich unter dem Vorzeichen, er sei der Kronprinz von Böhmen von 2 hiesigen Metzgereien Fleisch im Werte von 40 und 57 M., das er wieder veräußerte. — Ein 36 Jahre alter verheirateter Tagelöhner aus Kumburg a. d. R. unterlag seinem Arbeitgeber 32 M. Rundenelder, die er in seinem Kagen verwendete.

Sport.

Fußballsport. Für das am 20. d. M. in Stuttgart ausgetragene Städte-Wettspiel der Karlsruher Mannschaften gegen die Stuttgarter Städte-Mannschaft haben die Karlsruher Vereine für den morgigen Sonntag ein Trainingsspiel der Ausreißer gegen eine lomb. Karlsruher Mannschaften angelegt. Bei dem guten Spielmaterial, welches in Karlsruhe zur Verfügung steht, dürfte ein spannender und interessanter Kampf zu erwarten sein. Für die Vereine in Karlsruhe besteht Spielverbot und findet daher in der Stadt kein weiteres Wettspiel statt. Beginn 4 Uhr auf dem Sportplatz Mühlburg an der Hofsellstraße (Haltestelle der Straßenbahn).

Vermischte Nachrichten.

Hd. Prag, 4. Juni. In Kollatschen im Böhmerwald sind bei heftigem Wind 29 Gebäude abgebrannt, darunter 21 Wohnhäuser. Hundert Personen sind obdachlos.

Hd. Budapest, 4. Juni. Im Hofgebäude von Reschitz fand eine Gasexplosion statt, wobei vier Arbeiter den Tod fanden und einer lebensgefährlich verletzt wurde. Die übrigen Arbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Hd. Le Mans, 4. Juni. Zwei Wagen eines Schnellzuges gerieten infolge Gefährdung der Räder in Brand. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Hd. Nürnberg, 4. Juni. Graf Zeppelin ist heute Nacht hier eingetroffen. Er unternimmt heute Automobil-Ausflüge in die Umgebung zur Befestigung des Geländes. Graf Zeppelin hat dem Vorstand der Dresdener Lieberthal mitgeteilt, daß er beabsichtige, demnächst eine Fernfahrt nach Dresden zu unternehmen.

Hd. München, 4. Juni. Das heute Nacht niedergegangene furchtbare Hagelwetter hat außer in München auch in der Provinz schweren Schaden angerichtet. Aus der Gegend von Miltendorf, Landsbut und Neumarkt werden schwere Schadenfeuer durch Blitzschlag gemeldet. In zahlreichen Gemarkungen sind die Fluren und Felder vollständig zerstört.

Waldbrand. Hd. Frankfurt, 4. Juni. Einem Waldbrande, der in dem Forstort Saardt bei Wüchberg-Gattendorf wütete, und zu dessen Bekämpfung sieben Feuerwehren nötig waren, fielen laut einer Meldung der „M. Presse“ aus Fudra 13 Morgen Wäldchen Kulturen und 17 Morgen ausgearbeitetes Geviende und Brennholz zum Opfer. Der Schaden beträgt mehrere tausend Mark. Der Wald ist Eigentum der westfälischen Baugesellschaft Cassel u. Co. in Weidingshausen. Außer dieser Firma sind noch viele kleine Leute gefährdet.

Erdbeben. Hd. Lissabon, 4. Juni. Die Erdstöße in der Umgebung von Alentejo dauern an. Ein Wohnhaus und mehrere Mauern sind eingestürzt.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Berlin, 4. Juni. Heute hatte sich der Kaiser für 1 Uhr mittags beim Fürsten Bülow zum Frühstück angelangt.

Hd. München, 4. Juni. Der Regierungspräsident von Oberfranken, Freiherr von Roman wird am 1. Juli in den Ruhestand versetzt und ihm das Großkomturkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen. Ministerialrat von Brenner wird von diesem Tage an zum Präsidenten der Regierung von Oberfranken ernannt.

Hd. Paris, 4. Juni. „Edo de Paris“ meldet aus London: Die deutsche Botschaft demotiert entschieden

die Meldung, wonach das deutsche Kaiserpaar beabsichtigt, im Herbst einen längeren Aufenthalt in England zu nehmen.

Hd. Petersburg, 4. Juni. Da in den letzten Tagen neuerdings mehrere verdächtige Schiffe in den finnischen Gewässern bemerkt wurden, ist die Zahl der den Wadendienst verlebenden Kriegsschiffe vermehrt worden. In Hoffsreisen wird versichert, daß der Tag der Zusammenkunft des Zaren mit dem Kaiser Wilhelm noch nicht genau festgelegt sei und erst im letzten Moment bekannt gegeben würde.

Hd. Bukarest, 4. Juni. Der Besuch des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand, welcher für die nächsten Tage erwartet wurde, ist auf den 1. Juli verschoben worden.

Hd. Bukarest, 4. Juni. Der bisherige Handelsminister wird demnächst das Ressort des Verkehrs übernehmen.

Hd. Madrid, 4. Juni. Es bestätigt sich, daß der Minister des Reichens mit dem Beginn der Cortes-Ferien aus Gesundheitsrücksichten seine Demission nehmen wird. Vorher wird der Minister noch den Bericht Merry del Val, der am nächsten Dienstag in Madrid eintrifft, entgegennehmen.

Zur Reichsfinanzreform. Hd. Berlin, 4. Juni. Wie angekündigt, wurden gestern nachmittag im Reichshofamt die Vertreter des Verbandes deutscher Parfümerie-Fabrikanten der Preisvereinigungen empfangen. Die Konferenz dauerte von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Die Herren machten den Reichshofamt, der sie im Beisein mehrerer Räte empfing, auf die schweren Schädigungen durch die geplanten Steuern aufmerksam, die für viele Erzeugnisse geradezu die wirtschaftliche Vernichtung bedeute und unterbreiteten das Material, das eine strikte Ablehnung der Steuer unerlässlich soll. Windende Zusagen wurden der Deputation nicht gemacht, ihr aber versichert, daß die Regierung ihren Forderungen näher reuen und prüfen werde.

Türkei. Hd. Konstantinopel, 4. Juni. Amtlich wird bestätigt, daß zwischen der Hofe und der Orientbahn eine Annäherung stattgefunden hat, die eine baldige Verständigung erhoffen läßt. Die Direktion der Orientbahn erwartet neue Instruktionen vom Verwaltungsrat.

Hd. Paris, 4. Juni. Der belarische Architekt D'Avard, der nach Konstantinopel berufen worden war, um ein Gutachten über bauliche Veränderungen abzugeben, erklärte nach seiner Rückkehr: Da Konstantinopel über keine finanzielle Organisation verfügt, so sei es zur Erleichterung der geplanten baulichen Veränderungen nötig, auf das System der Konzeption zurück zu kommen. Die türkische Regierung erhalte fortgesetzt diebeständige Angebote. In militärischer Hinsicht habe Deutschland große Aussichten, dagegen seien ihm bestimmte Versicherungen bezüglich der Erteilung industrieller Konzeptionen an Frankreich gemacht worden.

Wahlergebnis des Reiches am 5. Juni 1909 (nach: Sanktimpf 2.08, gestiegen 5. Reich 2.37, gestiegen 1. Wagan 4.19, gestiegen 1. Waubeim 3.10, gestiegen 3.

Gütige Mäcenknigin, sende uns Helfer!

Zunmer noch steht unsere bedrängte katholische Mission Nagpur, Ungar und Gend suchter Millionen der Eingeborenen heim; die Zahl unserer armen Schöpfung ist beträchtlich vermehrt, Erwachsene und Kinder suchen Heilung — so viele können wir an Leib und Seele retten — wären wir nicht selbst zu arm! Heil, liebe Wohlthäter! Wohlthätigkeit ist ein edler Name, der einen edlen Namen. Möge die allgütige himmlische Mutter doch mit uns teilen! Wer 1 Mark oder mehr spendet, erhält Bestätigung auf Antragskarte von Paderborn und später auf zweiter auf Antragskarte. Fremde haben sende man an die Adresse: St. Paulus, Missions-Prokurator, Paderborn. Der vorliegende Bittbrief wird von uns innigst befeuert und den gütigen Helfern Gottes Segen gewünscht. † Hr. Dr. Franciscus Stephanus Coppel, Bischof von Nagpur.

Bekanntmachung.

Nr. A. 3985. Die Verteilung der Stiftungsrenten aus der Dienger-Stiftung betreffend. Aus der Stiftung der Frieda Dienger, Ehefrau des Dr. Josef Dienger, sind am 17. Juni d. J. 1145 M. verfügbar. Diese Mittel sollen zur Unterstützung von Kindern (männlich oder weiblich) hiesiger christlicher Waisen verwendet werden, welche einen Beruf ergreifen wollen, zu welchem die Kenntnis der alten Sprachen nicht erforderlich ist. Als Unterstützung sollen jährlich 100 bis 200 M., ausnahmsweise 300 M. gegeben werden und zwar gemäßigt auf zwei Jahre. Bewerbungen um diese Unterstühtungen sind längstens bis Samstag, den 19. Juni d. J., unter genauer Angabe der persönlichen und Vermögensverhältnisse bei der Bewerber bei uns einzureichen. Karlsruhe, den 1. Juni 1909. Das Bürgermeistereiamt: Dr. Paul. Reudel.

Sportplatz Mühlburg an der Kunsellstraße.

Sonntag, den 6. Juni, nachm. 4 Uhr:

Fussball-Wettbewerb

der Karlsruher Städte-Mannschaft I gegen II

Eintrittspreise: 1. Platz 60 Pfg., 2. Platz 30 Pfg.

Haushälterin-Stelle in kathol. Pfarrhaus, findet eine Person geübten Alters, die in allen Zweigen des Haushaltes erfahren und thätig ist und alle vorkommenden Arbeiten allein verrichten kann. Gest. Angebote sind zu richten an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter Nr. 449.

Wohnhaus u. Geschäft oder Villa nebst Fabrik oder Wauplag zu kaufen gesucht. Bestofferoffen ohne große Belegen an Ing. Wichulla, Berlin-Friedenau, Rembrandtstr. 69.

Mädchen vom Bande sucht Stelle als Stütze der Haushälterin in einem kathol. Pfarrhaus. Angeb. unter Nr. 448 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Börsenbericht.

Ausgang aus dem Wochenbericht der Herren Baer u. Glend, Bankgeschäft, Karlsruhe i. B., Samstag, 10. Trotz der Festigkeit der westlichen Börsen, trotz besserer amerikanischer Eisenberichte und billigeren Geldes konnten die deutschen Märkte nicht aus ihrer Stagnation herauszutreten. Der Grund bleibt nach wie vor die Unsicherheit, die bezüglich der Finanzreform herrscht, und die ungünstigen Dividendenlagen, die bezüglich der Montangesellschaften in Umlauf gesetzt werden. Unter diesen niedrigen Dividendenlagen hatten in erster Linie Laurahütte-Aktien zu leiden, die einen Kursrückgang von beinahe 10 Proz. erlitten, auf Börsengerichte, wonach sich die Dividende auf 4 höchstens 5 Proz. belaufen werde. Die übrigen Kohlenwerte litten gleichfalls unter der Schwäche von Laurahütte, während sich Eisenwerte besser hielten konnten. Bankaktien waren wenig verändert, aber gleichfalls ansgeloten.

Freit lagen an unsern deutschen Börsen nur fremde Bahnaktien, speziell Kanada und Baltimore, ferner Staatsbahn und Meridionalau.

Ein viel erfreulicheres Bild als die deutschen Börsen bieten die ausländischen Märkte, speziell London und New-York. An beiden Märkten ist es die Beteiligung französischer Kapitalien, welche die Aufwärtsbewegung unterstüzt und in Fluß gebracht hat.

Die Herren Baer u. Glend haben sich bereit erklärt, unsern Lesern auf Verlangen über alle Wertpapiere folgende Auskünfte zu erteilen und ausführliche Börsenberichte zu überreichen.

Börsenbericht des Zentralb. für Meteorol. und Hydrogr. vom 5. Juni 1909.

Während der hohe Druck ganz auf den Nordwesten zurückgewichen ist, hat sich die über dem westlichen Mittel-europa gelegene Depression weiter ausgedehnt und sich nunmehr ein Gebiet niedrigen Druckes, in dem die Luftdruckunterschiede sehr gering sind und das viele flache Minima enthält, so über dem Lager-Platz, dem Westgebiet und über Island. Nachdem es gestern vielfach gewittert hat, herrscht heute trübem und regnerisches Wetter, die Temperaturen sind wenig verändert.

Tages-Kalender.

Sonntag, den 5. Juni 1909: Konstantia, Jubiläumsgesch. 1/9 Uhr Gelangprobe. Sonntag, den 6. Juni 1909: Windthorstbund. Abfahrt zum Verbandstag nach Freiburg 5.44 Uhr. Rückfahrt unbestimmt. Kath. Dienstdotterverein der Weststadt. 6 Uhr Generalversammlung. 4 Uhr kirchliche Versammlung im St. Franziskushaus. Patronage u. U. Frau. Saib 4 Uhr Versammlung im Jofeisshaus. Kath. Jugendverein der Mittelstadt. 4 Uhr Versammlung für die jüngere Abteilung. 8 Uhr Versammlung für die ältere Abteilung. Kath. Arbeiterinnenverein. 5 Uhr Versammlung im Jofeisshaus.

Pädagogium Karlsruhe (Kaiserstrasse 241, im ehem. Viktoriapens., Teleph. 1592) mit kl. Internat. — 7 Klassen, Sexta bis Obersek. — Individueller Unterr. — Lösung der Aufg. unter Lehreraufs. — Godegane Vorbereitung zum Einjährigen, Primaner- u. Fähnrichsexamen. Langjähr. Erfahrg. Beste Referenzen. Prospekt gratis. Schmidt u. Wühl, Vorstände.

Versteigerung von Fundsachen.

Die Fundsachen und unbestehbaren Erbschaften vom 1. Vierteljahr 1909, darunter 1 Paar Rad und 1 Paar Schneeschuhe werden am Dienstag, den 8. Juni, d. J., vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend, in unserer Versteigerungsraum (Eingang beim Gittinger Wohnübergang) gegen Barzahlung öffentlich versteigert.

Die besonders genannten Gegenstände, sowie die Schmucksachen, Uhren u. l. n. werden von 11 Uhr vorm. ab ausgedoten. Ferner werden am Mittwoch, den 9. Juni, d. J., nachmittags 2 Uhr beginnend, im Hauptmagazin II (Eingang Wielandstraße) etwa 40 alte alte Äpfel, Körbe und Holzstücke, sowie nachmittags 4 Uhr beginnend im Hauptmagazin III (Eingang Durlacher Allee, bei der Taglöhner) etwa 30 alte Holzabfälle, Pfahlerlöcher, Kinde u. dergl. öffentlich gegen Barzahlung versteigert.

Karlsruhe, den 25. Mai 1909. St. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Aufforderung.

Die Zahlungspflichtigen werden hiermit angefordert, das fällige Schulgeld für die

Goetheschule (Realgymnasium mit Gymnasialabteilung), Humboldtschule (Realgymnasium), Oberrealschule und Realschule

für das 3. Quartal 1908/09 (Okt. bis Herbst 1909), sowie den Materialbeitrag für die

Anabandhandwerkschule für den 2. Abschnitt 1908/09 (15. März bis 15. September 1909 bis längstens 15. Juni 1909) arder zu entrichten. Karlsruhe, den 5. Juni 1909. Schulaffe. Feder.

Bekanntmachung.

Für das städtische Arbeitsamt (Arbeitsnachweis) wird ein in schriftlichen Arbeiten gut bewandertes Schreibgehilfe

mit flotter Handschrift für 1. Juli gesucht. Arbeiter gelehrten Berufes, die den Anforderungen entsprechen, werden besonders zur Bewerbung eingeladen.

Die Stelle bietet Aussicht auf spätere Anstellung nach Wahrung des städt. Beamtenstatus. Bewerbungen sind unter Beilage eines Lebenslaufes, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen so fort an den Vorstand des unterzeichneten Amtes (Bahnhofsstraße 100) zu richten. Karlsruhe, den 4. Juni 1909. Städt. Arbeitsamt.

Kneipp-Verein Karlsruhe.

Montag, 7. Juni, abends 7/8 Uhr: Mitgliederversammlung. Lokal: Wetzlarstr. 10, parterre. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

MAGGI^s Erzeugnisse

sind altbewährt und genießen vor allem das Vertrauen der Hausfrau, was bei Nahrungs- und Genussmitteln ausschlaggebend sein muss!

II deutsche Staatspreise, 9 Grosspreise, 57 Goldene Medaillen, II Ehrendiplome, 20 Ehrenpreise usw.

Einladung

zur

Fronleichnamsprozession.

Die Katholiken hiesiger Stadt werden zu zahlreicher Beteiligung an der Fronleichnamsprozession ganz ergebenst eingeladen und zugleich freundlichst ersucht, ihre Häuser, an welchen die Prozession vorüberzieht, beslaggen und schmücken zu wollen.

Karlsruhe, den 4. Juni 1909.

Erzbischöfliches Stadtdekanat:
Knörzer.

Lieferung von Verbandstoffen.

Für das städt. Krankenhaus, das Armenkrankenhaus und die ambulatorische Klinik sollen die erforderlichen Verbandstoffe für die Zeit vom

1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910 im Angebotsverfahren vergeben werden. Lieferungsbedingungen und Muster der in Betracht kommenden Stoffe liegen bei der Verwaltung des städt. Krankenhauses zur Einsicht auf. Angebote mit Gegenmuster sind längstens bis Dienstag, den 15. Juni 1909, nachmittags 3 Uhr, einzureichen.
Krankenhauskommission.
Dr. Paul.

Pfänder-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 16. Juni 1909, vormittags von 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal des Leihhauses Schwabenstraße 6, 2. Stock, die öffentliche Versteigerung der versetzten Pfänder Nr. 20580 bis mit Nr. 22706 gegen Barzahlung statt. Das Versteigerungslokal wird eine halbe Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet.
Die Kasse bleibt am Versteigerungstag geschlossen.
Karlsruhe, den 5. Juni 1909.
Städtische Pfandleihkasse.

Aufforderung.

Auf 1. Juni ds. J. ist die erste Hälfte der Gemeindeumlage für das Jahr 1909 aus den Steuerwerten des Liegenschafts-, Betriebs- und Kapitalvermögens, sowie aus Einkommensteuern anlässlich verfallen.
Umlagepflichtige, welche mit Bezahlung der Gemeindeumlage für genannte Zeit noch im Rückstande sind, werden deshalb aufgefordert, ihre Schuldigkeit bis längstens 12. Juni d. J. zu entrichten. Sollte Umlagepflichtigen verheerend kein Fortzahlungsmittel angegangen sein, so wollen sich dieselben behufs nachträglicher Befreiung eines solchen bei uns gefälligst mündlich oder schriftlich melden.
Karlsruhe, den 5. Juni 1909.
Stadthauptkasse.
Feder.

Die Herren Ordner bei der Fronleichnamsprozession

sind auf nächsten Montag, den 7. Juni, abends 7/9 Uhr, zu einer Besprechung in den Palmgarten freundlichst eingeladen.
Um vollständiges Erscheinen bittet die Prozessionsleitung.

Dankfagung.

Allen lieben Kartellbrüdern und Bekannten in Baden, welche mir anlässlich des Hinscheidens meiner innigstgeliebten, unvergesslichen Gattin ihr Beileid ausdrückten, sage ich hiermit herzlichen Dank.

Mainz, den 4. Juni 1909.

Dr. Johannes Vogel,
prakt. Arzt,
Hasso-Rhenane, Hercyne.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der Mittwoch, den 30. Juni 1909, nachmittags 6 1/2 Uhr, im oberen großen Saale unseres Gesellschaftshauses (Café Roman) in Karlsruhe i. B. stattfindenden diesjährigen ordentlichen Generalversammlung eingeladen.
Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht und Rechnungsablage pro 1908 nebst Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats und Beschlussfassung über die Verwendung des Ueberschusses,
2. Neuwahl der Mitglieder des Aufsichtsrats und deren Ersatzmänner,
3. Uebertragung von Aktien.

Karlsruhe, den 4. Juni 1909.
Katholisches Kasino, Aktiengesellschaft.
Der Vorstand: A. Bahler, B. Haejner.

Bekanntmachung.

Nr. A. 4018. Den selbstversicherten Kleinrentnern der Versicherungsanstalt der südbadischen Bauern- und Gewerkschaften bringen wir gemäß §§ 22 und 28 des Bau-Unfall-Versicherungs-Gesetzes vom 30. Juni 1900 bezw. § 9 des Nebenstatuts der Genossenschaft zur Kenntnis, dass der Hebrollen-Ausgang für das 1. und 2. Quartal 1909 von heute ab während zwei Wochen im Rathaus, Zimmer Nr. 34 (Eingang von der Jägerstrasse), zur Einsicht der Beteiligten anliegt. Nach Ablauf dieser Frist werden die Prämienbeträge bei den versicherten Kleinrentnern erhoben werden.
Karlsruhe, den 2. Juni 1909.
Arbeiterversicherungs-Kommission:
Dr. Horstmann. Reber.

Kath. Männer- und Arbeiterverein (Weststadt).

Unsere Mitglieder werden freundlichst gebeten, aus Anlass des Patronatsfestes (Sankt Bonifatius) zu gemeinsamen Kirchgang vormittags 9 Uhr vor der Kirche in der Allee sich bei der Fahne einzufinden. Die Vorstände.
NB. Das Ballfest findet nicht morgen, sondern am 13. Juni statt.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit.

Ende 1908 Versicherungsbestand 642 Millionen Mark.

Steigende Dividende

1908 gezahlt: bis 119% der vollen Jahresprämie.

Besond. Tarife mit ermässiger Anfangsprämie für Familienversicherung u. Kinderversicherung.

Wie wenig Menschen

wissen doch erst, welche Wohltat in einer porösen Kleidung und Wäsche besteht, aber auch welche ein großes Schutzmittel gegen Erkältungen, wie Krankheiten überhaupt. Möchte diese Erkenntnis doch Allgemeingut in ausgedehntestem Maße werden. Ein jeder sollte wenigstens mal einen Versuch machen.

Beeignete poröse Wäsche

(auch Stoffe meterweise) wie



Herren

Damenblusen

Wäschen

Damenhosen

in porösen Stoffen und besten Formen, ferner das unübertrefflichste, „nichtbrückende“

Dr. Lahmanns Flechtstuhlwerk für Damen, Herren und Kinder



Herren

Kinder

Damen

Herren

lassen keinen Schweiß aufkommen

finden Sie im Reformhaus, Karlsruhe, Kaiserstr. 40.

Wirtschaftsübernahme und Empfehlung.

P. P.

Zeige hiermit ergebenst an, daß ich den Betrieb der Realgastwirtschaft zum Lamm in Daglanden übernommen habe.

Durch Verarbeitung eines vorzüglichen Stoffes Sinnerischen hellen und dunklen Bieres, reiner Oberländer Äpfel und guter Speisen, sowie durch aufmerksame und reelle Bedienung werde ich es mir angelegen sein lassen, meine wertigen Gäste zufrieden zu stellen.

Empfehle meinen großen Saal für Gesellschaften und Ausflüge zur gef. Benützung.

Zahlreichem Besuche gerne entgegengehend zeichnet hochachtungsvoll
Daglanden, 29. Mai 1909. Leo Schneider, zum Lamm.

Nächste Woche!

garantiert 8. Juni Ziehung

Offenburger Lose.

Bar Geld

somit für sämtl. Gew. mit 80% Die Hälfte der Einnahme wird verlost.

30000 M.

14 Gewinne

15400 M.

536 Gewinne

14600 M.

Los à 1 M. 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 25 Pfg. empfiehlt Lotterie-Unternehmer

Strassburg i. E. J. Stürmer, Langestr. 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Habelstr. 11/12, Gebr. Gühringer, G.m.b.H., Kaiserstr. 60, H. Meyer, E. Pilge, L. Michel, Chr. Frank, J. Dahring.

C.F. Treiber & Bürkel Nachflg.

Karlsruhe, Waldstr. 48,

empfiehlt in bekannt guten Qualitäten bei billigsten Preisen

Bettfedern u. Daunen

Rosshaare u. Kapok

Matratzenstoffe

Bettbarchent

und Federkörper

Satin für Steppdecken

Woll- u. Steppdecken

Weisse Damaste in

aparten Mustern

Farb. Bettbezugsstoffe

Leinen u. Halbleinen

Eiserne Bettstellen

Anfertigung von Betten

und einzelnen Bettstücken.

Rabattmarken.

Etwa M. 30000

werden als II. Hypothek auf allereinstufiges Objekt von pünktlichstem Zinszahler alsbald oder später unter üblicher Verzinsung aufzunehmen

gesucht.

Nur Kapitalisten betriebl. Offerten unt. Chiffre R. 2124 an Haasen-

stein & Vogler, R.G., Karlsruhe i. B. einzureichen.

Erfinder!

Wir zahlen 1000 Mk. sofort in bar und 15% vom Reingewinn für eine neue gewinnbringende Erfindung oder Idee. Offerten erbeten an

Patentbureau Wagner & Trost, Cassel.

Kapitalien von Privatleuten

finden immer ohne Kursschwankung und ohne Verluste mit fortlaufend sichtbarem Pfandobjekt und fortgesetzter Kontrolle der Personalsicherheit auf Häuser und Liegenschaften des Grossherzogtums Baden auf

I. Recht mit 4 1/2 bis 4 3/4%

II. Recht mit 5 bis 6%

Kaufschillinge mit gutem Zins und Nachlass

in jedem Betrage bei gründlichster, sachverständiger Vorprüfung jedes Gesuches, solideste Anlage.

Man wende sich an die seit 1899 bestehende — ohne Spesenvergütung arbeitende —

Badische Finanz- und Handels-Gesellschaft m. b. H.

Centraldirektion Otto Katzenberger in Pforzheim.

399 Fernsprecher 2732

Geschäftsstelle Karlsruhe i. B.: Karlsruherstrasse 12.

NEUENNAHR

Magen-, Darm-, Leber-, Nieren-, Blasenleiden, Gallensteine, Zuckerkrankheit, Gicht, Rheumatismus, Erkrankung der Atmungsorgane. Bade- u. Trinkkuren, Bäder jeder Art, Inhalatorien, Fango-Behandlung. Für Hauskuren: Thermal-Wasserversand. Kurhotel, einziges Hotel in unmittelbarer Verbindung mit dem Badehaus, ausserdem viele gute Hotels und Privatpensionen.

Illustrierte Broschüren gratis und franko durch die Kurdirektion, Bad Neuenahr (Rheinland).